

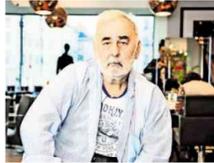
# Cannstatter Zeitung Untertürkheimer Zeitung

TAGESZEITUNG FÜR BAD CANNSTATT, UNTERTÜRKHEIM UND DIE NECKARVORORTE

196. Jahrgang | Nr. 271 | Woche 47 | ZKZ 2039

Samstag/Sonntag, 21./22. November 2020

www.cannstatter-zeitung.de | 1,80 €



## Hintergrund

### Star-Friseur Udo Walz mit 76 Jahren gestorben

Seite 15

## Blick in die Welt

### Studie: Eltern sind im Homeoffice produktiv

Seite 14

## Wirtschaft

### Skibranche zittert vor Corona-Winter

Seite 11

## Sport

### Matarazzos Rückkehr nach Hoffenheim

Seite 22



## Kommentar

### Gebot der Vernunft

Bei der Rente braucht es einen Systemwechsel.

Von Thomas Krazeisen

Bei den zahlreichen Versuchen, das deutsche Rentensystem zu reformieren, sind bislang allenfalls Reförmchen herausgekommen, die vor allem eines dokumentieren: den Willen zum Erhalt des Status quo. Der jüngste Vorstoß des Fachausschusses für Soziales der CDU, künftig auch Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen, mutet da fast schon wie eine Revolution an. Es handelt sich zwar nur um ein Diskussionspapier, doch dieses zielt präzise in die richtige Richtung, und allein schon das Signal, nach Jahren des Stillstands in einer zentralen gesellschaftspolitischen Frage Denkblockaden abzubauen, ist mutig und verdient Respekt.

An lieb gewonnenen Besitzständen zu rütteln, ist gewiss nicht populär. Umgekehrt wäre es verantwortungslos, eine dringend notwendige Reformdebatte nur deshalb nicht zu führen, weil sie wieder die üblichen Neidreflexe à la „Reiche Pensionäre, arme Rentner“ bedienen könnte. Denn es geht um nicht weniger als die überfällige Modernisierung eines schon jetzt überforderten Versorgungssystems, das teilweise wie ein feudalstaatliches Relikt anmutet.

Die Lasten für die Alterspensionen der Beamten machen in einzelnen Bundesländern schon heute einen nicht unerheblichen Teil der gesamten Wirtschaftsleistung aus, die für die Pensionen angelegten Fonds und Rücklagen decken bei weitem nicht die tatsächlichen finanziellen Verpflichtungen ab – mit der absehbaren Folge neuer Ausgabenzwänge einerseits und erheblicher Einschnitte bei wichtigen öffentlichen Investitionen andererseits. Statt ein faktisch bestehendes Zweiklassen-Altersversicherungssystem, das immer mehr flächendeckend Minirentner produziert, zu konservieren, gilt es, alle Leistungsträger und künftigen Leistungsempfänger – also auch Beamte, Selbstständige und Volksvertreter – miteinzubeziehen. Das ist, zumal in rauen Nullzinszeiten, nicht nur eine Frage gesellschaftlicher Solidarität, sondern ein Gebot ökonomischer Vernunft.

Dass ein Systemwechsel grundsätzlich möglich ist, wenn der politische Wille vorhanden ist, zeigt – bei allen Unterschieden im Detail – das Beispiel Österreich. Dort liegt das Rentenniveau bis zu 40 Prozent über dem deutschen. Auch Deutschland als einer der wirtschaftsstärksten und reichsten Industriestaaten der Welt sollte sich eine verlässliche und den Lebensstandard haltende Altersversorgung leisten können.



## Zu dünn für den Winter

Die Igelhilfe Stuttgart kümmert sich um die stacheligen Gesellen / Seite 5

Foto: dpa/Daniel Bockwoldt

## Geld von Bürgern eintreiben

Verkehrsminister Hermann erwägt Zwangsabgabe für attraktiveren Nahverkehr.

Von Eberhard Wein

Im Gegenzug für günstigere oder kostenlose Angebote im Nahverkehr sollen Kommunen im Südwesten Geld von Bürgern eintreiben können – auch von denen, die Busse und Bahnen nicht nutzen. Das will Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) den Kreisen, Städten und Gemeinden per Gesetz erlauben. Ein Gutachten, welches er in Auftrag gegeben hatte, kommt zu dem Ergebnis, dass es mehrere zulässige Möglichkeiten dafür gibt. Sowohl eine Citymaut, die von Autofahrern kassiert wird, wie auch eine Umlage auf alle Einwohner oder wahlweise alle Fahrzeughalter sind möglich und könnten die notwendigen Mittel einbringen. „Mehr Menschen sollen das Auto stehen lassen“, sagte Hermann bei der Vorstellung des Gutachtens. „Wir brauchen eine Verdopplung der Nutzerzahlen bis 2030.“

Der Verkehrsminister kündigte an, im Falle eines grünen Wahlsiegs bei der Landtagswahl im März ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Es soll den Kommunen die Möglichkeit eröffnen, solche Modelle einzuführen. Bisher war er mit diesem Ansinnen am Koalitionspartner in der Landesregierung, der CDU, gescheitert. „Zwangsabgaben sind keine zukunftsfähige Lösung“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der CDU, Nicole Razavi, und erneuerte ihre Ablehnung. Jeder Steuerzahler finanziere bereits jetzt den Nahverkehr mit, selbst wenn er ihn nicht nutze. „Der notwendige Ausbau ist über direkte Zuschüsse und Förderprogramme zu stemmen und nicht über verdeckte Steuererhöhungen.“ Wesentlich aufgeschlossener reagierten Vertreter von Städten und Gemeinden. „Wir sind sehr interessiert“, sagte Wolfgang Forderer von der Landeshauptstadt Stuttgart. Die Finanzierung

der Verkehrswende müsse deutlich breiter verankert werden, führte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) aus. Für die Landeshauptstadt Stuttgart, für Tübingen, Bad Säckingen sowie für die Metropolregion Mannheim/Heidelberg waren bei der Studie Modelle durchdacht worden. Stuttgart sollte darin 100 Millionen Euro für den Ausbau des Nahverkehrs bekommen. Dafür müsste jeder Bürger eine monatliche Abgabe von 20 Euro zahlen. Zahlten lediglich die Fahrzeughalter, steigt der Beitrag auf 30 Euro. Der Betrag würde als Guthaben für Fahrten zur Verfügung stehen. Dieses würde verfallen, wenn es nicht genutzt wird.

Hintergrund der Pläne sind die chronischen Finanznöte beim ÖPNV. Für die Planung, Organisation und Finanzierung des Stadt- und Regionalverkehrs sind laut Bundesverkehrsministerium in erster Linie die Länder und Kommunen zuständig.

## Staatsdiener sollen zahlen

CDU will Beamte in Rentenversicherung einbeziehen.

Von Bernhard Walker

Beamte, die im Jahr 2030 jünger als 30 sind, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen werden. So steht es in einem Konzept des Fachausschusses für Soziales der CDU. Der Emmentinger CDU-Abgeordnete Peter Weiß sagt, dass es sich um eine „Arbeitsvorlage von Referenten“ handele, über die nicht abschließend beraten sei. Unter dem Titel „Wir wollen eine funktionierende Rente für alle“ weist das Konzept darauf hin, dass es etwa für Selbstständige und Politiker verschiedene, von der GRV unabhängige Altersversicherungssysteme gebe: „Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen sie nicht teilnehmen können.“ Deshalb sei es für die CDU „vorstellbar“, die Ren-

tenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln. Lob für den Vorstoß kommt vom Tübinger SPD-Abgeordneten Martin Rosemann: „Wenn die CDU das jetzt auch will, können wir sofort darüber verhandeln“. Für den Linken-Bundestagsabgeordneten Matthias Birkwald ist der Vorschlag richtig, aber nicht ehrgeizig genug, weil 2030 als Startdatum vorgeschlagen wird. Kai Rosenberger, Chef des Beamtenbunds Baden-Württemberg, sagt, dass es möglich sei, neue Beamte in die Rentenversicherung einzu beziehen. Im Grundgesetz sei aber festgehalten, dass der Dienstherr Beamten amtsangemessene Pensionen gewähren muss. Die Integration spare deshalb kein Geld, weil der Dienstherr für Beamte eine dann „adäquate Zusatzversorgung in Form einer betrieblichen Altersvorsorge“ aufbauen müsse.



## Bad Cannstatt

### Brückensperrung ist umstritten



Foto: Edgar Rehberger

In einem fraktionsübergreifenden Antrag ist ein Verkehrsversuch gefordert worden. Dabei soll die Brücke am Ebitzweg für Autos gesperrt werden. Ziel ist, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Eltern hatten auf brenzlige Situationen auf dem Schulweg ihrer Kinder hingewiesen. Anwohner aus dem oberen Bad Cannstatt jedoch sind gegen die Brückensperrung. ▶ Seite 3

## Bad Cannstatt

### S-Bahn: Barrieren sollen fallen

Laut einer Analyse des Verbands Region Stuttgart gibt es an 33 von 83 Stationen im S-Bahn-Netz keinen ebenerdigen Übergang von den Bahnsteigen zu den Zügen. Sehr zum Leidwesen von Sven Fichtner aus Bad Cannstatt. Die Barrieren an den Haltestellen stellen den Rollstuhlfahrer regelmäßig vor Probleme. Bis 2030 soll sich die Situation jedoch deutlich verbessern. ▶ Seite 8

## Stuttgart

### Stadt verbietet Silvesterfeuerwerk



Foto: dpa/Christoph Schmidt

Die Landeshauptstadt erlässt für das diesjährige Silvester ein Feuerwerksverbot innerhalb des City-Rings und auf weiteren belebten Plätzen in Stuttgart. Der Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit ist in diesen Bereichen ebenso untersagt. Laut Oberbürgermeister Fritz Kuhn regiert die Verwaltung damit auf die aktuelle Pandemiesituation. Das Verbot erfolge aus Gründen der Sicherheit und des Infektionsschutzes. ▶ Seite 7

## Lokalsport

### Chance auf normale Fußballsaison bleibt

Noch steht die Entscheidung aus, ob im Bereich des Württembergischen Fußballverbandes in diesem Jahr noch der Ball rollt. Sollte die Politik das Spielen verbieten, wäre es im Bezirk Stuttgart dennoch möglich, „eine normale Saison mit Hin- und Rückrunde zu absolvieren“, sagt Harald Müller, der Vorsitzende des Verbands-Spielausschusses im Gespräch. ▶ Seite 19



Heute gibt es nach Nebel viel Sonne bei durchziehenden Wolken. Morgen wird es wolzig, im Norden bleibt es bedeckt.

Kinderleicht Seite 18 | Börse Seite 10  
Fernsehen Seite 24 | Wetter Seite 2

